



Erhöhung des Wohngelds ist längst überfällig

Pressemitteilung von Heidrun Bluhm-Förster, 17. Januar 2008

"Endlich ist auch Wolfgang Tiefensee zu der Einsicht gelangt ist, dass eine Erhöhung des Wohngeldes angesichts drastisch gestiegener Wohn- und Heizkosten dringend geboten ist", so Heidrun Bluhm zur Ankündigung des Bundesbauministers, das Wohngeld für Geringverdiener und Rentner deutlich zu erhöhen. "Im Interesse der knapp 700.000 Betroffenen muss Tiefensee seinen Worten nun rasch Taten folgen lassen und sein Vorhaben in der Großen Koalition durchsetzen", fordert die bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

"Das Wohngeld muss um mindestens 15 Prozent erhöht werden, damit überhaupt von einer Entlastung der Haushalte die Rede sein kann. Zudem müssen die Nebenkosten und die explodierenden Heiz- und Energiekosten in das Wohngeld einbezogen werden. Das habe ich bereits im vergangenen Jahr gefordert. Noch im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Wohngeldrechts vom November 2007 war davon jedoch keine Rede. Dass Tiefensee sich nun dieser Forderung anschließt, zeigt wieder

einmal: DIE LINKE wirkt.

Von einer sozialen Absicherung des Wohnens kann schon lange keine Rede mehr sein. Seit 2001 sind die Mieten ohne Nebenkosten um 6,5 Prozent gestiegen. Die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll sind in diesem Zeitraum um über 10 Prozent, die Kosten für Strom um 23,8 Prozent, für Gas um 30,3 Prozent und für Öl um 53,3 Prozent gestiegen. Für diese Preissteigerungen gibt es bis heute keinen Ausgleich und keinen Zuschlag zum Wohngeld. All dies war im Wohngeld- und Mietenbericht 2006 der Bundesregierung nachzulesen.

Durch die Erhöhung des Wohngelds wären weniger Menschen mit Armutslöhnen gezwungen, zusätzlich zu ihrem Vollzeit Arbeitsplatz Arbeitslosengeld II zu beantragen, um über die Runden zu kommen. Auch das entspricht unseren Forderungen: DIE LINKE will Hartz IV nicht zuletzt durch den Ausbau vorgelagerter Sicherungssysteme überwinden."